

Höhere Steuern für Strom negativ

BASEL red. Laut einer neuen Studie des Instituts für Wirtschaftsstudien Basel (IWSB) gefährden neue und höhere Stromsteuern die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und bringen keine wesentlichen ökologischen Fortschritte.

Der Verband der Schweizer Unternehmen Economiesuisse sieht das ähnlich: «Geplante neue und höhere Abgaben auf Strom leiten zwar Geld in die Staatskasse, verfehlen aber die angestrebte Lenkungswirkung», heisst es in einer Medienmitteilung von Economiesuisse. Ein Alleingang des Kleinstaates Schweiz nütze zudem dem globalen Klima nichts. Erfolgsversprechender sei eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, welche Anreize für einen effizienteren Stromverbrauch setzt, ohne die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden.

Fiskalisierung hat zugenommen

Der Strompreis setzt sich zusammen aus einem Preis für die Energie, für den Netzanschluss und die Netznutzung sowie einer steuerlichen Belastung. Schon vor der Havarie in Fukushima wurden die Kunden mit einer Abgabe zur Förderung nicht-marktfähiger erneuerbarer Energien belastet. Diese «Fiskalisierung» der Elektrizität hat in den vergangenen Jahren zugenommen und beträgt bereits rund 28 Prozent des Strompreises.

Als wichtige Finanzierungsquelle für den Ausbau der erneuerbaren Energien sieht der Bundesrat nun eine Erhöhung dieser Zuschläge vor. Die Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auf das Negativbeispiel Deutschland, wo die ungebremste Förderung der Strompreise in die Höhe und viele Betriebe in die Insolvenz getrieben hat. In Deutschland haben Parteien wie die FDP das Problem erkannt und sich bereits im Herbst für eine schnelle Senkung der Stromsteuer im neuen Jahr ausgesprochen. Die spanische Regierung plant die Einführung einer pauschalen Stromsteuer in Höhe von 6 Prozent. Die Steuer soll ab dem 1. Januar 2013 erhoben werden.

Anders fördern

Statt mit einer umfassenden Subventionspolitik einzugreifen, empfehlen die Autoren der Studie, die Marktfähigkeit der erneuerbaren Energien mit einer intensivierte Energieforschung zu beschleunigen. Zudem sollen stromintensive Unternehmen wie auch ihre internationalen Konkurrenten von den Abgaben befreit werden.

Fiskalklippe: Die Folgen für uns

KONJUNKTUR Bis zum

1. Januar muss der Streit um den US-Haushalt gelöst sein, sonst drohen Steuererhöhungen und eine Rezession. Dies kann einen Einfluss auf die Schweizer Konjunktur haben.

BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Wird die US-Klippe zum Stolperstein für die Schweiz?

Die jüngsten Konjunkturprognosen sagen der Schweiz für 2013 ein Wachstum von 0,6 bis 1,5 Prozent voraus. Sie beruhen aber durchwegs auf der Annahme, dass die USA die fiskalische Klippe umschiffen werden. Die jüngste Entwicklung wirft deshalb auch aus Schweizer Optik wichtige Fragen auf.

Welche Bedeutung haben die USA für die Schweizer Wirtschaft?

Die USA sind hinter Deutschland der zweitwichtigste Absatzmarkt für Schweizer Exporte. In den ersten elf Monaten dieses Jahres gingen Ausfuhren im Wert von 20,7 Milliarden Franken in die USA. Das entspricht gut 11 Prozent der gesamten Schweizer Exporte. Die USA gehören im laufenden Jahr zudem zu den stärksten Wachstumsmärkten für die Schweizer Wirtschaft. Die Exporte in die USA nahmen von Januar bis November im Vergleich zur Vorjahresperiode um 13,5 Prozent zu. Zum Vergleich: Die Ausfuhren nach Europa stagnierten im gleichen Zeitraum. Insgesamt resultierte in den ersten elf Monaten ein leichtes Export-Plus von 2,6 Prozent.

Wie wichtig sind die US-Gäste für den Tourismus?

Gemessen an der Zahl der Hotelübernachtungen liegen die Gäste aus den USA unter den Auslandtouristen im laufenden Jahr an zweiter Stelle hinter den Deutschen. Von Januar bis Oktober wurden 1,36 Millionen Übernachtungen aus den USA gezählt. Das waren knapp 2 Prozent mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres, während der Tourismus aus Europa rückläufig war. Am Total aller Hotelübernachtungen aus dem In- und Ausland machen die US-Gäste aber bloss 4,5 Prozent aus.

Was passiert, wenn im US-Budgetstreit keine Einigung zu Stande kommt?

Die Schweizer Konjunkturprognosen gehen von einem Wachstum der US-



Der US-Präsident Barack Obama sprach sich an diesem Wochenende gegen massive Steuererhöhungen zu Beginn des neuen Jahres aus.

EPA/Pete Marovich

Obama warnt vor Rezession

WASHINGTON sda. US-Präsident Barack Obama hat vor den wirtschaftlichen Folgen massiver Steuererhöhungen zum Jahreswechsel gewarnt. Wenn in wenigen Tagen alle Amerikaner mehr an den Staat zahlen müssten, «wäre das die falsche Sache für unsere Konjunktur», sagte Obama am Samstag in seiner aufgezeichneten wöchentlichen Ansprache. «Wir können uns einfach keine politisch selbst verschuldete Verwundung unserer Wirtschaft leisten.» Die Erholung seit der letzten Rezession sei gefährdet. Obama zeigte sich zuversichtlich, dass noch vor Ablauf der Frist am 1. Januar 2013 eine Einigung in Senat und Repräsentantenhaus möglich ist.

Einen Kompromiss suchen

Der demokratische Mehrheitsführer im Senat, Harry Reid, und der republikanische Minderheitsführer Mitch McConnell wollen versuchen, bis Sonntag einen Kompromiss zu erarbeiten. Obama war wegen des Weihnachtserlaubs in Hawaii nach

Washington geflogen. Nach den Senatsmitgliedern sollen heute am Sonntag auch die Abgeordneten des Repräsentantenhauses für eine Sondersitzung in Washington zurückkehren. Die Sitzung könnte bis Mittwoch, 2. Januar, fortgesetzt werden. Einen Tag später tritt der neu gewählte US-Kongress zusammen. Obama will Steuererhöhungen für Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 250 000 Dollar jährlich durchsetzen und die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung anheben. Die sogenannte Fiskalklippe sieht drastische Einschnitte für den Fall vor, dass bis zum 1. Januar keine Einigung zur Reduzierung des jährlichen Defizits erreicht wird. Wird kein Kompromiss gefunden, treten automatisch Kürzungen und Steuererhöhungen in Kraft, welche das jährliche Haushaltsdefizit um mehr als 500 Milliarden Dollar reduzieren würden. Ökonomen befürchten, dass die USA über diese Fiskalklippe in eine Rezession stürzen könnten und sich dies auf die gesamte Weltwirtschaft auswirkt.

Wirtschaft im kommenden Jahr von rund 2 Prozent aus. Scheitern die Budgetverhandlungen, wird ein Rückfall der US-Wirtschaft in die Rezession befürchtet. Bis vor kurzem wurde für diesen Fall auch ein düsteres Szenario für die Weltwirtschaft gezeichnet.

Denn die Eurozone befindet sich bereits in der Rezession, und die asiatischen Wachstumsmärkte sind fragiler geworden. Eine weltweite Rezession sei wahrscheinlich, eine neue Finanzkrise müsse befürchtet werden, falls die USA die Fiskalklippe nicht umschiffen. Mit dem Näherücken der Klippe und der steigenden Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns der Verhandlungen malen die Ökonomen inzwischen aber weniger schwarz. Von einem sofortigen Absturz, der die Weltwirtschaft mit in die Tiefe reisst, ist nicht mehr die Rede.

Was heisst das für die Schweizer Wirtschaft?

Ein Scheitern der Budgetverhandlungen in den USA wird in den Schweizer Konjunkturprognosen neben einer neuen Eskalation der Schuldenkrise im Euroraum als häufigstes Abwärtsrisiko erwähnt. Viel wird aber in diesem Fall davon abhängen, wie stark und wie nachhaltig der Rückschlag für die US-Wirtschaft sein wird. Auf Grund der jüngsten Szenarien in den USA ist kaum mit einer Entwicklung zu rechnen, die die Wirtschaftsaussichten in der Schweiz komplett über den Haufen werfen würde. Die Schweizer Wirtschaft hat überdies bereits 2009 grosse Widerstandskraft bewiesen. Die Rezession war allerdings etwas kürzer und weniger tief als in den meisten anderen Industrieländern.

Gibt es aus Schweizer Sicht auch positive Aspekte?

Kurzfristig wäre eine Einigung in letzter Minute für die Schweizer Wirtschaft sicher das beste Szenario. So erwähnen die Ökonomen des Staatssekretariats für Wirtschaft zum Beispiel in ihrer jüngsten Analyse ein Aufwärtsszenario, bei dem aufgeschobene Investitionen in den USA nachgeholt werden.

Dies könnte auch die Schweizer Exporte fördern. Langfristig werden die USA aber nicht darum herumkommen, ihr Staatsschuldenproblem in den Griff zu bekommen. Aus Optik der Schweiz, in der die Schuldenbremse als Erfolgsgeschichte gefeiert wird, kann man sogar einem Scheitern der Budgetverhandlungen etwas Positives abgewinnen. Die heilsame Erkenntnis nämlich, dass fehlende finanzpolitische Disziplin zu schmerzhaften Einschnitten wie Zwangskürzungen im Haushalt und Steuererhöhungen führen kann.

Gesundheit als das höchste Gut aller Güter

Die letzte Wirtschaftskolumne dieses Jahres ist einem der wichtigsten Themen überhaupt gewidmet: der Gesundheit. Gesundheit ist wie Frieden, Sicherheit oder Freiheit ein ganz besonderes Gut. Gesundheit ist ein sehr zentraler Aspekt der Lebensqualität, einerseits als Ziel des Individuums, möglichst gute Gesundheit zu erhalten

bzw. zu erreichen. Andererseits ist die Gesundheit auch eine notwendige Bedingung für das Erzielen von Einkommen auf dem Arbeitsmarkt und somit ein zentraler Treiber der Produktivität einer Volkswirtschaft.

AUSSICHTEN

Unterdessen ist auch für die Schweiz, wo wir ja in Bezug auf die Verfügbarkeit von statistischem Datenmaterial nicht gerade verwöhnt sind, eine umfassende Gesundheitsstatistik verfügbar. Vor kurzem hat das Bundesamt für Statistik zudem zum ersten Mal einen Bericht mit einem Überblick über alle im Rahmen der Gesundheitsstatistik verfügbaren Daten zum Thema Gesundheit veröffentlicht, das heisst, es liegen unter anderem Informationen zu den Rahmenbedingungen und Gesundheitsdeterminanten, zum Gesundheitszustand der Bevölkerung, zur Inanspruchnahme von Pflegeleistungen, zum Gesundheitssystem und zu dessen Finanzierung vor.

Das Gesundheitswesen ist auch aus einer wirtschaftlichen Perspektive sehr bedeutungsvoll. Unterdessen arbeitet in der Schweiz mehr als jeder neunte Erwerbstätige im Gesundheitssektor. Der Anteil der Gesundheitskosten am

Bruttoinlandprodukt (BIP) liegt unterdessen bei rund 11 Prozent (verfügbare Daten für 2010). Bei einem geschätzten BIP von rund 600 Milliarden Franken für das Jahr 2012 entspricht dies immerhin einer absoluten Summe von rund 66 Milliarden Franken. Dieser Anteil ist über die Jahre hinweg zwar langsam, aber stetig angestiegen, und für die Zukunft ist mit einem weiter wachsenden Anteil zu rechnen. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz übrigens im Mittelfeld da. Gesundheit ist klar einer der Megamärkte der Zukunft, und alle Bereiche der Wirtschaft werden künftig noch enger mit diesem Thema verbunden sein.

Gesundheit ist eine grundlegende Voraussetzung für die Realisierung von Lebensplänen. Damit ist Gesundheit eine Grundbedingung für Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Gesundheit ist aber zu einem gewissen Grad auch ein Geschenk und durch das Schicksal bestimmt. Entsprechend kann Gesundheit auch nicht direkt verteilt werden, sondern nur die Gesundheitsversorgung und damit indirekt auch die Chancengleichheit. In der Schweiz befinden wir uns in der wirklich glücklichen Lage, dass der (Wohlfahrts-)Staat allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu medizinisch notwendigen Leistungen, unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit, garantiert. Sowohl aus diesem Grund

als auch der besonderen Natur der guten Gesundheit wegen ist der Staat zu einem nicht zu unterschätzenden Ausmass auf den Gesundheitsmärkten involviert, welche sich durch eine grosse Dynamik und eine hohe Komplexität auszeichnen.

«Die wichtigste Rolle zur Erhaltung der Gesundheit kommt dem Individuum selbst zu.»

Die wichtigste Rolle zur Erhaltung der Gesundheit kommt jedoch dem Individuum selbst zu. Aufgrund der steigenden Gesundheitsausgaben wird es auch in der Schweiz zukünftig vermehrt zu Versorgungsgenpässen bzw. zu Allokationsdiskussionen kommen. Vor diesem Hintergrund ist der Selbstverantwortung des Einzelnen zur Stärkung seiner Gesundheit sowie der Vermeidung von Gesundheitsschäden eine noch grössere Bedeutung beizumessen. Die Stärkung der Eigenverantwortung betrifft sowohl den finanziellen Eigenbeitrag an die Gesundheitskosten als auch eine verbesserte Information für die Versicherten bezüglich Risikofaktoren, Präventionsmöglichkeiten sowie Qualität der angebotenen Leistungen. Weil das Verhalten des Patienten einen

grossen Einfluss auf das Behandlungsergebnis ausübt, erhöhen diese Faktoren die Wirksamkeit von Therapien.

Insgesamt kann ein informierter Patient viel zum Gelingen seiner Heilung beitragen. Dies zu unterstützen, ist auch eine Aufgabe der Leistungserbringer, und gerade in dieser Hinsicht besteht noch viel Potenzial. Ein wichtiger Aspekt bezieht sich beispielsweise auf die Transparenz des Gesundheitssystem als Voraussetzung für die Verbesserung der Eigenverantwortung der Patientinnen und Patienten, da die Wahlfreiheit nur in einem solchen System wirklich wahrgenommen werden kann.

Treffender als mittels dieses französischen Sprichwortes könnte man es nicht auf den Punkt bringen: «Wem die Gesundheit fehlt, dem fehlt alles.» In diesem Sinne möchte ich Ihnen für das neue Jahr alles Gute und insbesondere gute Gesundheit wünschen. Nutzen Sie die guten Vorsätze für das neue Jahr im Sinne einer Investition in Ihre Gesundheit. Es wird sowohl Ihnen persönlich als auch der gesamten Gesellschaft zugutekommen.

GABRIELLE WANZENRIED

Hinweis

Die Autorin Gabrielle Wanzenried ist Professorin für Investitionsmanagement an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Dozentin und Forschungsleiterin am Institut für Finanzdienstleistungen in Zug. Weitere Informationen finden Sie unter Blog: <http://blog.hslu.ch/ifu>



Gabrielle Wanzenried.
Bild Nadia Schärli